

IV. Morale, politische, ökologische und ökonomische Überlegungen

Legen wir das Minimum der bisher entwickelten allgemeinen Überlegungen im Einzelnen dar, um die grundlegenden Herausforderungen des Konvivialismus deutlicher hervortreten zu lassen.

Moralische Überlegungen

Jeder Einzelne darf hoffen, dass ihm eine ebenso große Würde zuerkannt wird wie allen anderen Menschen und dass ihm hinreichende materielle Bedingungen zugänglich sind, um seine Auffassung von einem guten Leben, unter Berücksichtigung der Auffassungen anderer, zu verwirklichen, und sich um die Anerkennung der anderen zu bemühen, indem er, wenn er es wünscht, am politischen Leben und an allen Entscheidungen teilnimmt, die seine Zukunft und die seiner Gemeinschaft betreffen.

Es ist ihm untersagt, im infantilen Wunsch nach Allmacht (der griechischen Hybris) der Maßlosigkeit zu verfallen, d.h. das Prinzip der gemeinsamen Menschheit zu verletzen und die gemeinsame Sozialität unter dem Vorwand zu gefährden, irgendeiner höheren Art anzugehören, oder dadurch, dass er eine solche Menge an Gütern oder eine solche Machtfülle an sich reißt und monopolisiert, dass die soziale Existenz aller Schaden nimmt.

Konkret ist es jedermanns Pflicht, die Korruption, je nach eigenen Mitteln und eigenem Mut, zu bekämpfen und sie überall dort anzuprangern, wo er von ihr Kenntnis hat, auch gegen den Rat seiner Vorgesetzten. Das Anprangern, das oft kostspielig und riskant ist, unterscheidet sich darin von der Denunzia-

tion, dass es durch die Sorge um das Gemeinwohl motiviert ist und nicht durch die Aussicht, einen Vorteil daraus zu ziehen, geschweige denn, persönliche Rechnungen zu begleichen. Doch besteht diese Pflicht auch darin, sich selbst nicht korrumperen zu lassen und es folglich abzulehnen, im Tausch gegen Geld (oder Macht oder institutionelles Prestige) Lüge, Betrug, Verschleierung oder illegale Praktiken zu akzeptieren.

Politische Überlegungen

Es ist illusorisch, in absehbarer Zukunft die Errichtung eines einzigen Weltstaats zu erwarten. Die herrschende Organisationsform wird also für lange Zeit die vieler Staaten bleiben – seien sie national, plurinational, prä- oder postnational –, auch wenn insbesondere in Europa nach neuen politischen Formen gesucht wird und auch wenn es viele andere Arten politischen Handelns gibt, namentlich über Vereinigungen und NGOs. In konvivialistischer Hinsicht kann ein Staat oder eine Regierung oder eine neue politische Institution nur unter folgenden Umständen als legitim gelten:

- Sie müssen die fünf Prinzipien der gemeinsamen Natürlichkeit, der gemeinsamen Menschheit, der gemeinsamen Sozialität, der Individuation und des schöpferischen Konflikts beachten und die Umsetzung der daraus folgenden moralischen, ökologischen und ökonomischen Überlegungen befördern, unter Beachtung des Gebots der Hybrisbeherrschung.
- Diese Prinzipien müssen Teil einer Verallgemeinerung bürgerlicher und politischer, aber auch wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und ökologischer Rechte sein. Sie knüpfen an den Geist der Erklärung von Philadelphia an, in der 1944 die Ziele der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) neu de-

IV. Moraleische, politische, ökologische und ökonomische Überlegungen

finiert wurden, und die im Artikel 2 bestimmte: »Alle Menschen, ungeachtet ihrer Rasse, ihres Glaubens und ihres Geschlechts, haben das Recht, materiellen Wohlstand und geistige Entwicklung in Freiheit und Würde, in wirtschaftlicher Sicherheit und unter gleich günstigen Bedingungen zu erstreben.« Eine richtige Politik ist eine Politik der Würde.

- Insbesondere sind nur solche Staaten legitim, die ihren ärmsten Bürgerinnen und Bürgern ein Minimum an Ressourcen garantieren, ein *Mindesteinkommen*, in welcher Form auch immer, das sie vor der Schande der Verelendung schützt, und die es den Reichsten nach und nach mit Hilfe der Einführung eines *Höchsteinkommens* und *Höchstvermögens* untersagen, der Schande des extremen Reichtums anheimzufallen und ein Niveau zu überschreiten, das die Prinzipien der gemeinsamen Menschheit und der gemeinsamen Sozialität untergräbt. Dieses Niveau kann relativ hoch sein, darf jedoch nicht über das hinausgehen, was der Anstand gebietet (*common decency*), die von der großen Mehrheit geteilte Einschätzung, was zulässig oder im Gegenteil nicht zulässig ist.
- Sie achten auf das rechte Gleichgewicht zwischen privaten, gemeinsamen, kollektiven und öffentlichen Gütern und Interessen, insbesondere durch Rückgewinnung ihrer Handlungsfähigkeit gegenüber supranationalen Konzernen, die ihre Gesetze zu umgehen versuchen.
- Sie sorgen oberhalb und unterhalb der Ebene des Staates und des Markts für die Vermehrung gemeinsamer und assoziativer Tätigkeiten, die grundlegend sind für eine globale Zivilgesellschaft, in der das Prinzip der Selbstverwaltung in einer Vielzahl von Räumen bürgerschaftlichen Engagements diesseits und jenseits der Staaten und Nationen wieder zu seinem Recht kommt.

- Sie erkennen in den zahlreichen digitalen Netzen – von denen das Internet eines der wichtigsten, aber nicht das einzige ist, und vorausgesetzt, dass sie kontrolliert werden – ein mächtiges Werkzeug zur Demokratisierung der Gesellschaft und zum Auffinden von Lösungen, zu deren Generierung weder der Markt noch der Staat in der Lage war. Indem sie diese Netze als Gemeineigentum behandeln, fördern sie sie durch eine Politik der Öffnung, des kostenlosen Zugangs, der Neutralität und des Teilens.
- Durch die Umsetzung einer Politik zum Schutz der überlieferten Gemeingüter, und einer Politik, die die Entstehung, die Konsolidierung und die Ausweitung neuer Gemeingüter der Menschheit fördert, erneuern sie das alte Erbe der öffentlichen Dienste.

Ökologische Überlegungen

Die Menschen können sich nicht länger als Herren und Besitzer der Natur betrachten, die das Recht haben, ihr unbegrenzt zu entnehmen, was sie enthält. Weit davon entfernt, ihr entgegenzustehen, sind sie vielmehr ein Teil von ihr, und sie müssen, zumindest metaphorisch, zu einer Beziehung von Gabe und Gegengabe mit ihr zurückfinden. Um in der Gegenwart eine ökologische Gerechtigkeit und den künftigen Generationen ein geschütztes natürliches Erbe zu ermöglichen, müssen sie deshalb der Natur ebenso viel oder mehr zurückgeben, als sie ihr entnehmen oder von ihr erhalten.

- Das Niveau des weltweiten universalisierbaren materiellen Wohlstands entspricht annähernd demjenigen der reichsten Länder um das Jahr 1970, vorausgesetzt, man erreicht es mit den heutigen Produktionstechniken. Da von den Ländern, die seit Jahrhunderten der Natur am meisten entnommen

IV. Moraleische, politische, ökologische und ökonomische Überlegungen

haben, und denen, die erst damit beginnen, nicht die gleiche ökologische Anstrengung verlangt werden kann, obliegt es den wohlhabendsten, dafür zu sorgen, dass ihre Naturentnahmen im Vergleich zu den aktualisierten Standards der 1970er Jahre regelmäßig sinken. Wenn sie ihre derzeitige Lebensqualität bewahren wollen, muss der technische Fortschritt vorrangig diesem Ziel gelten, um den Raubbau maßgeblich zu verringern.

- Absolute Priorität hat die Senkung des CO₂-Ausstoßes und die Nutzung der erneuerbaren Energien anstelle der Kernkraft und der fossilen Energien.
- Angaben zum Wachstum des Bruttoinlandprodukts können folglich nicht mehr gemacht werden, ohne wenigstens mit einem Index zur Senkung des CO₂-Ausstoßes sowie zum Verbrauch fossiler Energien, Fisch- und Mineralbestände versehen zu sein. Ganz allgemein müssen wir im Rahmen einer notwendigen Überarbeitung der geltenden Bilanzierungsrichtlinien zu einem bio-öko-sensiblen Rechnungswesen gelangen.
- Die Beziehung von Gabe und Gegengabe sowie der wechselseitigen Abhängigkeit muss insbesondere gegenüber den Tieren gelten, die nicht länger als Industriematerial betrachtet werden dürfen; und allgemeiner gegenüber der Erde.

Ökonomische Überlegungen

Es gibt keine erwiesene Korrelation zwischen monetärem oder materiellem Reichtum einerseits und Glück oder Wohlergehen andererseits. Der ökologische Zustand des Planeten macht es erforderlich, alle nur möglichen Formen eines Wohlstands ohne Wachstum zu erforschen. Im Sinne einer pluralen Ökonomie ist es daher notwendig, zu einem Gleichgewicht zwischen Markt, öffentlichem Sektor und nicht-marktlicher bzw. geldloser Wirt-

Das zweite konvivialistische Manifest

schaft (Wirtschaft des sogenannten Dritten Sektors, soziale und solidarische Wirtschaft, Commons, Gemeingüterwirtschaft bzw. »moralische Ökonomie«, die in den Familien und Vereinigungen eine wesentliche Rolle spielt) zu gelangen, je nachdem, ob die zu produzierenden Güter oder Dienstleistungen individuell, kollektiv, gemeinwirtschaftlich oder privat sind.

- Der Markt und das Streben nach monetärer Rentabilität sind völlig legitim, solange sie – vor allem über die (sozialen und) gewerkschaftlichen Rechte – die Postulate der gemeinsamen Menschheit und der gemeinsamen Sozialität beachten und mit den genannten ökologischen Überlegungen in Einklang stehen.
- Vorrangig ist der Kampf gegen die spekulativen Auswüchse der Finanzwirtschaft, die Hauptursache der aktuellen kapitalistischen Maßlosigkeit. Daraus folgt, dass die Abkopplung der Realwirtschaft von der Finanzwirtschaft verhindert werden muss, indem man die Banktätigkeit sowie die Finanz- und Rohstoffmärkte streng reguliert, die Größe der Banken begrenzt und den Steuerparadiesen ein Ende setzt.

Damit wird die wirkliche Entwicklung aller menschlichen Reichtümer ermöglicht, die sich keineswegs auf den wirtschaftlichen, materiellen oder monetären Reichtum beschränken. Der wirkliche Reichtum beinhaltet den Sinn für erfüllte Pflicht, Solidarität oder das Spiel; alle Formen der Kreativität auf künstlerischem, technischem, wissenschaftlichem, literarischem, theoretischem oder sportlichem Gebiet usw. Kurzum, er geht mit der einen oder anderen Form von Unentgeltlichkeit oder Kreativität sowie mit der Beziehung zu den anderen einher.